

Göscheneralp

Urner Umwelttrat fordert Staudamm-Erhöhung

Der Urner Regierungsrat wird aufgefordert, die Verhandlungen mit der KW Göschenen AG über eine Erhöhung des Staudamms Göscheneralp wieder aufzunehmen, um etwa Winterstromlücken zu verringern.

07.07.2021, 17.13 Uhr

Vor 10 Jahren, am 6. Juli 2011, gab die Kraftwerk Göschenen AG (KWG) den Abbruch des Projekts Staudamm-Erhöhung bekannt. Gemäss ihrer Medienmitteilung sei entscheidend gewesen, dass sich die KWG mit Kanton und Korporation nicht über den Restwert zum Zeitpunkt des Heimfalls im Jahr 2043 einigen konnte. Die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens sei damit nicht gesichert.



Die Verhandlungen zur Erhöhung des Staudamms in der Göscheneralp sollen wieder aufgenommen werden.

Bild: PD/ Urner Zeitung

Die Urner Umweltorganisationen haben diesen Entscheid zu einem energiepolitisch sinnvollen Projekt bedauert und bedauern ihn noch immer, wie der Urner Umwelttrat in einer Mitteilung schreibt. Dies umso mehr, als sie damals ihr Einverständnis zur Erhöhung der Staumauer um acht Meter gegeben hatten und die nötige Umzonung und die Baubewilligung bereits vorlagen. Deshalb hat sich der Urner Umwelttrat am 24. Juni mit einem Brief an den Regierungsrat gewandt.

Auch Vorteile für die KW Wassen und Amsteg

«Die Staudammerhöhung bietet die Chance, einen wichtigen Beitrag zur Winterstromversorgung zu leisten und wirkt sich nicht nur für das KW Göschenen positiv aus, sondern auch für die nachgelagerten Kraftwerke Wassen und Amsteg», heisst es in der Mitteilung. Dieser Aspekt der Verlagerung von Energie vom Sommer ins Winterhalbjahr werde im Rahmen der Energiestrategie mit einer zunehmenden Bedeutung der Elektrizität für Wärmepumpen und Mobilität immer wichtiger.

«Die im Urner Umweltrat zusammengeschlossenen Organisationen bitten deshalb den Regierungsrat und die CKW, die Verhandlungen mit der KWG über eine Staudammerhöhung wieder aufzunehmen», sagt Pia Tresch, Geschäftsstellenleiterin von Pro Natura Uri.

Voraussetzungen haben sich «entscheidend geändert»

Seit dem Abbruch der Verhandlungen hätten sich die Voraussetzungen entscheidend geändert. Im neuen Energiegesetz des Bundes von 2016 sind Investitionsbeiträge für die Grosswasserkraft in der Grössenordnung bis 40 Prozent vorgesehen. Die Energieförderungsverordnung von 2017 nennt die Voraussetzungen: «dass das nutzbare Speichervolumen sowohl um mindestens 15 Prozent als auch um 150'000 Kubikmeter vergrössert wird.» Diese Werte könne das Projekt Göscheneralp einhalten. Heute beträgt der Anteil der speicherbaren Energie im Göscheneralpsee nur 29 Prozent, viel weniger als in vielen andern Stauseen der Schweiz. Am 11. November 2020 hat der Bundesrat sein Ziel erneut bekräftigt, die Speicherwasserkraft bis 2040 um zwei Terawattstunden (TWh) Winterstrom zu vergrössern.

Ein weiterer seit dem Verhandlungsabbruch dazu gekommener Aspekt könnte laut Umweltrat die Umweltbilanz einer Staudammerhöhung auf der Göscheneralp zusätzlich verbessern: Im Jahr 2016 stimmte das Schweizer Volk dem Bau der zweiten Tunnelröhre für den Gotthard-Strassentunnel zu. Harriet Kluge, Geschäftsleiterin des VCS Uri sagt: «Es wäre mindestens zu prüfen, ob ein Teil des Ausbruchmaterials für die Staudammerhöhung genutzt und so die für die Materialgewinnung vorgesehenen Abbaugelände unterhalb des Dammes geschont werden können.»

Vielfalt an der Meienreuss erhalten

Demgegenüber sind die Umweltorganisationen nach wie vor der Meinung, dass die geplante zusätzliche Nutzung der Meienreuss für die Elektrizitätserzeugung aus der Sicht des Naturschutzes nicht vertretbar sei. Auch energiepolitisch mache das Projekt wenig Sinn, weil es wiederum nur die Sommerstromproduktion erhöhe, die sich zudem wegen der tiefen Tarife auch wirtschaftlich kaum rechne. Fabian Haas, Geschäftsleiter des WWF Uri beschreibt die finanzielle Alternative: «Mit dem ‹Landschaftsrappen› könnte Uri ohne Eingriff in die wertvolle Landschaft und ohne Zerstörung des letzten grossen Wildbachs des Kantons trotzdem in einem gewissen Masse finanziell profitieren.» (RIN)